

„Teltower Kreisblatt“ erscheint wöchentlich, Bezugspreis monatlich 1,20 RM, 120 Exemplare 12 RM. (einschl. 10% MwSt.)
 Abbestellung: 1. April 1942 (einschl. 10% MwSt.)
 Postgebühren: 1. April 1942 (einschl. 10% MwSt.)
 Abbestellung: 1. April 1942 (einschl. 10% MwSt.)
 Abbestellung: 1. April 1942 (einschl. 10% MwSt.)



Verleger: H. Freytag & Sohn, Verlag und Schriftleitung:
 Berlin W 35, Köpenickerstr. 57. — Fernruf: 22 00 71.
 Postbezugsstellen: Berlin W 35, Köpenickerstr. 57.
 Postbezugsstellen: Berlin W 35, Köpenickerstr. 57.
 Postbezugsstellen: Berlin W 35, Köpenickerstr. 57.

Teltower Kreisblatt

Amliches Verkündungsblatt des Landrats des Kreises Teltow • Tageszeitung für den Kreis Teltow
 Zossen-Wünsdorfer Zeitung

Der Winter war Englands größte Enttäuschung

Abbau des Lügenrummels um die bolschewistische Winteroffensive

Den ganzen Winter hindurch haben die bolschewistischen und pluto-kapitalistischen Agitatoren großes Geschrei um die Siege der Bolschewisten angestimmt. Um so auffälliger war es, daß sowohl Maslows wie auch der Jude Witwinow-Finkelstein die erste Gelegenheit benutzten, um an die Adresse Churchills und Roosevelts von größter Dringlichkeit distillierte Hilferufe loszulassen. Schon diese Tatsache hatte für die Stimmung der durch Lügen aufgepuschten Bevölkerung der Lage an der Ostfront im englischen Volk verheerende Auswirkungen. Wöchentlich erfuhr man auf diesem Umwege, daß die Bolschewisten nicht nur nicht die stets bombastisch verkündeten Siege errungen, sondern sogar vergebliche Massenangriffe ungeheurer Verluste an Menschen und Material erlitten hatten. Gleichzeitig erkannte man, daß die Sowjets bedingten Hilfe bedürften, wenn sie im kommenden Frühjahr und Sommer weiterhin als Kampffront gegen Europa bestehen bleiben sollten. Diese Gedanken gingen in zunehmendem Maße ihren Niederschlag auch in der englischen Presse. So erklärte der „Daily Mirror“: „Die Lage der Sowjets ist kritisch.“ Er bestätigte damit das, was Maslows und Witwinow-Finkelstein mit ihren Hilferufen den Alliierten hatten jagen wollen.

Jetzt hat sich auch der Londoner Nachrichten dienst des Rundfunks entschlossen, die Lügenagitation von den bolschewistischen Erfolgen abzubauen. In einem Kommentar wurde mit überraschender Wahrheitsliebe festgestellt, daß trotz der Opferung von Gefangenen von Menschen und Material seitens der Bolschewisten im vergangenen Winter dieser für die Alliierten lang- und fruchtlos verlaufen sei. „Es ist nicht das geringste Anzeichen für einen Zusammenbruch der deutschen Armee festzustellen, und auch die Moral in Deutschland ist nicht im geringsten geschwächt.“ Damit gibt man auch die Regierung Churchills zu, daß alle ihre Hoffnungen auf die Wehrmacht der Sowjetunion übergeben sind.

In diesem Zusammenhang ist auch eine Erklärung Lord Beaverbrooks recht aufschlussreich, die besagt, es sei dringend notwendig, alle verfügbare Hilfe in die Sowjetunion zu schicken. Die Hoffnungen der Alliierten liegen auf der Ostfront gestützt. Wenn aber die Sowjetarmee zerfällt, werden, so

wären auch alle Hoffnungen zerfallen. Wenn Beaverbrook heute auch zu den gescheiterten Größen der britischen Empirie gehört, so spricht er doch aus einer gewissen Sachkenntnis heraus. Denn schließlich war er noch im vorigen Herbst und im vergangenen Winter Mitglied des Kabinetts Churchills, ehe er Herrn Cripps weichen mußte.

„General Winter“ hat abgewirtschaftet. Nach monatelanger Agitationsrummel über bolschewistische Siege gesteht der Londoner Rundfunk schließlich das völlige Defizit dieses Winters ein. Früher, ein schöner Frühlingsanfang für die vertrauensseligen Briten, die sich von diesem Rummel an der Nase herumführen ließen und nun erfahren müssen, wie kritisch die Lage der Sowjets durch die verlorene Winteroffensive an der Ostfront geworden ist. Jetzt werden sie auch um so besser verstehen, warum Churchills auf Grund der verheerenden Hilferufe Stalins und seiner Beauftragten sich zu dem Abenteuer von St. Nazaire entschloß.

Der Betrug an Indien

Den indischen Freiheitskämpfern haben die britischen Herrscher durch ihr Liebesverbot den Mund verbunden. Sie können nicht ihrer offenen Empörung Ausdruck geben, nachdem der Abgesandte des indischen Reiches Churchill, endlich die Vorschläge auf einer Konferenz bekanntgegeben hat, von der Londoner Plutokratie ausgedachte Vorschläge, die in allem ein Echo auf den Freiheitsdrang der Indianer sind. England will den Indianern nichts weiter gewähren als ein Dominion-Statut, und das auch erst nach dem Kriege. Es ist nichts mehr übrig geblieben von den berechtigten „Magna Charta“, die Churchill und Roosevelt auf der „Potomac“ zur Verführung der Völker teuflich erfunden hatten, sondern nur Unterfütterung der Nothdurftgarantie Roosevelts plant, wie aus der Erklärung Cripps hervorgeht, Churchill einen neuen Massenbetrug an den 400 Millionen indischen Menschen. Wegen der Gewährung von geringfügigen Scheinbegünstigungen, wie ein zweifelhafte Wahlrecht, sollen die Indianer wiederum ihre Freiheit in Wirklichkeit nicht erhalten, da die militärische und wirtschaftliche Hoheit nach wie vor in den Händen der britischen Plutokraten bleiben soll.

Im politischen Betrug der Völker sind die angelsächsischen Staatsmänner nun einmal nicht zu überbieten. Geht man nur auf den gemeinen Betrug des amerikanischen Präbdenz Wilson hin, so sieht man, wie dieser im Weltkrieg an dem deutschen Volke und seinen Verbündeten begangen hat. Von den politischen und wirtschaftlichen Versprechungen, die in den berühmten 14 Punkten Wilsons gemacht wurden, ist später fast nichts eingehalten worden. Erinnern wir auch an den hinterhältigen Betrug der Engländer an den Arabern, um die Araber als Kanonenfutter im Weltkrieg für das britische Empire zu gewinnen, wurden ihnen durch den britischen Geheimagenten Lawrence die größtmöglichen politischen Versprechungen für die Zeit nach dem Kriege gemacht. Als England dann aber den Weltkrieg gewonnen hatte, wurden die Araber um die Früchte ihres Kampfes gebracht und ihr Traum von einem großarabischen Reich wurde von den falschen Engländern hintergangen. Im Hintergrund, hinter den Engländern, steht die indische Plutokratie, die seit 1917, in der schändlichen Balfour-Erklärung den Juden Vorkurs zu Gunsten eines jüdischen Judenlandes zugesichert hatten. Die Araber wurden also für ihre Kriegsbeteiligung damit belohnt, daß England ihnen wichtiges Land raubte und mit fremdstämmigen Menschen bevölkerte. Den gleichen schändlichen Betrug haben die britischen Plutokraten am indischen Volke im Weltkrieg begangen. Sie verdrängen jetzt das alte.

Und warum? Weil den Engländern, wie im Weltkrieg auch heute das Wasser bis zum Hals steht. Welt Churchills und die Londoner Plutokratie neues Kanonenfutter brauchen, ohne das die Empireplutokratie immens begünstigt werden würde. Deshalb wendet Churchill gegenüber den Indianern alle seine Kräfte des Betruges und schändlicher Versprechungen an, um die Indianer zu verführen zu lassen. Wie sehr dieser Betrug, John, Unmündigkeit und brutaler Machtwillkür Churchills als Betrug der indischen Plutokratie gekennzeichnet haben. Seit sich das britische Ziel wiederholen, das England 1917 durch die Erklärung Montagu & Chelmsford gegeben hat. Man versprach den Indianern am 20. August 1917, indische Völker als einen Bestandteil des britischen Empire zur verantwortlichen Selbstregierung zu bringen.

Aber eine Welle des Widerstandes ging durch das indische Land. So nahmen die englischen Vorgesetzten erneut ihre Zusätze zu Versprechungen, die sie zu halten niemals gewillt waren. Der Bischof Lord Frimley legte am 31. Oktober 1929 fest, daß das Ziel der indischen Verfassungs-entwicklung das Dominion-Statut sei. Die Simon-Kommission kamen nach Indien. Es folgten die Konferenzen am 2. August 1930, die die britischen Herren den Indianern diktierten, tief einen neuen Sturm der Entrüstung im indischen Volk hervor, das sich wieder betrogen sah. Denn nur in den sogenannten Provinzen sollte das Selbstbestimmungsrecht weiter ausgebaut werden. Die Indianer in den Provinzen blieben jedoch weiter getrennt, und sogar in den Provinzen blieben Polizei und Heer, also die eigentliche Macht, in den Händen der Briten, deren staatlicher Vertreter, der Gouverneur, ständig gegen die Wünsche der Parlamente und Provinzregierungen Einspruch erheben und sie damit ungültig machen konnte. Aber auch diese Verfassung blieb nicht, da die indischen Führer als willfährige Diener der Briten im Juli 1939 sich auf einen absehbaren Standpunkt stellten, so daß Indien auf die Verfassung von 1919 zurückgeworfen wurde. Indien war am Ende des zweiten Weltkrieges nicht weiter gekommen als am Ende des ersten.

Die 22 Jahre, die zwischen den beiden Weltkriegen liegen, haben die Indianer mittraulich gemacht. Der Freiheitsdrang hat sich in immer stärkerem Maße durchgesetzt, und das indische Volk steht in allen seinen politischen und religiösen Angelegenheiten auf dem neuen Standpunkt, auf dem es mit dem ein Churchill die Indianer kassieren will. Der anerkannte Führer der indischen Freiheitsbewegung, Subhas Chandra Bose, hat in seinen Äußerungen klar zum Ausdruck gebracht, daß das indische Volk nicht mehr irgendwelche Kompromisse abschließen wird. Wenn Churchill erklärt, daß die britische Nation keinerlei Absicht hat, auf die wirksame Kontrolle Indiens zu verzichten, so sagt demgegenüber Bose, daß allein die Freiheit und Selbstständigkeit aller Indianer in Betracht kommt und wenn das indische Volk um diese Freiheit kämpfen und zu den Waffen greifen müßte.

USA. möchten Irland zum Kriegsschauplatz machen

Die nordamerikanische Presse fordert Gewaltanwendung

Die „Saturday Evening Post“ in Philadelphia vom 21. März nimmt in einem Artikel erneut zur Frage der irischen Neutralität Stellung. Die Zeitung kommt zu der Feststellung, daß die Frage Irlands auf Grund seiner strategischen Lage von den USA. gelöst werden müsse, da Großbritannien hierzu offenbar nicht inlande sei. Ueber die Form der Lösung dieser Frage läßt die „Saturday Evening Post“ keinerlei Zweifel. Wir müssen uns erinnern“, so schreibt die Zeitung wörtlich, daß Nichtsahnende, auf die kleinen Nationen eine internationale Doktrin jungen Datums ist, 1897 beantwortete England Danemarks Weigerung.

Die USA-Zeitung fordert also, nachdem bereits durch die dokumentarisch nachgewiesenen Kriegsausweitungspläne des Hauptkriegsgegners Roosevelts und seiner Vorkämpfer ein kleiner zentraler Staat nach dem anderen in den Krieg hineingezogen wurde und darin untergegangen ist, nichts anderes als die Anwendung brutaler Gewalt gegen Irland, falls dies nicht bereit ist, sich als Kriegsschauplatz Englands und Amerikas zur Verfügung zu stellen. Der Hinweis auf das Bombardement Kopenhagens ist eine unmissverständliche Drohung, daß die USA. gegebenenfalls nicht davor zurückschrecken, von ihrem Stützpunkt in Nordirland aus Dublin und die irischen Häfen zu bombardieren.

an einem Offensiv-Bündnis gegen Napoleon teilzunehmen, mit dem Bombardement Kopenhagens, das über 2000 Tote kostete.“ Wenn auch nicht gelang werden könne, ob diese Aktion für die Besiegung Napoleons von irgendwelcher Bedeutung gewesen sei, so müsse doch darauf hingewiesen werden, daß eine ähnliche Haltung gegenüber den kleinen Nationen heute um so angebrachter sei, als der gegenwärtige Krieg ein totaler sei als der damalige.

Fortschreitende Bolschewisierung Englands

Der Londoner Korrespondent einer schwedischen Zeitung berichtet über eine Londoner Massenkundgebung auf dem Trafalgar Square am Sonntag, auf der fast ausschließlich kommunistische Elemente vertreten waren. Am Ende der Trafalgarstraße feierten große Plakate mit bolschewistischen Schlagworten ausgereicht gewesen. Hinter der Rednertribüne habe man Bilder von Stalin und Tschantung gesehen. Überall hätten rote Fahnen geflattert und aufstrebend viele Teilnehmer der Kundgebung hätten Hammer und Sichel an den Rockaufschlägen getragen. Es habe auch kein Zweifel darüber bestehen können, daß die radikalsten Redner den lebhaftesten Beifall ernteten.

Wer kommt für die Landarbeit in Frage?

Alle Kräfte für das Land — Bestimmungen über Arbeitsverweigerung

Nachdem sich der Reichsmarschall in seinem Appell insbesondere auch an die Frauen und Jugendlichen in den Dörfern und kleinen Landstädten gewandt hatte, durch tatkräftige Mitarbeit die Versorgung des deutschen Volkes, der Soldaten und Militärsicherer zu sichern, kündigte die Verordnung schon an, daß Arbeitsverweigerer die Selbstverpflegungsgeldern und Depuaten verlieren können. Für diese Maßnahmen hat der Reichsernährungsminister in einem Erlass nunmehr Ausführungsbestimmungen erlassen.

Alle Personen, die eine ihnen vom Arbeitsamt zugewiesene landwirtschaftliche Arbeit verweigern, werden vom Selbstverpflegungsgeld ausgeschlossen. Auch eine Hauswirtschaftliche Genehmigung darf ihnen nicht erteilt werden. Soweit es sich um nichtlandwirtschaftliche Selbstverpfleger handelt, werden sie wie Normalverbraucher behandelt. Ihre Anrechnungsbefreiung und Schlachtkarten, die Wahlkarten usw. werden bei Zugrundelegung der Normalverbraucherdaten verändert. In gleicher Weise werden Depuaten die Lebensmittelpunkte entzogen. Dies bezieht sich auch auf nichtlandwirtschaftliche Lebensmittelpunkte auf Depuatenland. Sie werden ebenfalls wie Normalverbraucher behandelt. In die Liste ausstehender Naturalleistungen treten Erntegeldleistungen in Geld.

Unterirdisch bekommen Personen, die sich freiwillig oder nach einer Dienstverpflichtung zur Verrichtung landwirtschaftlicher Arbeiten bereit erklären, die nach dem geltenden Recht vorgesehenen Zulagen zu ihrer Normalverbrauchererstattung. Der Minister ist auch damit

einkunden, daß Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe an Personen, die sich freiwillig für landwirtschaftliche Arbeit zur Verfügung stellen, Zulagen von Futtermitteln und nichtfarmwirtschaftlichen Lebensmitteln machen.

Der Reichsarbeitsminister hat die Arbeitsämter angewiesen, die durch die Verordnung des Reichsmarschalls gebotenen Möglichkeiten in vollem Umfange auszunutzen. Erlaßt werden sollen alle für einen vorübergehenden oder dauernden Einlass bei landwirtschaftlichen Arbeiten tauglichen Kräfte. Bei den Kräfte für vorübergehenden Einlass wird es sich vor allem um Ehefrauen handeln, die wegen der Versorgung ihres Haushalts und ihrer Kinder nicht für eine dauernde Tätigkeit in der Landwirtschaft in Betracht kommen. Eine entsprechende Betreuung und Versorgung der Kinder muß dabei sichergestellt werden. Zu einem dauernden Einlass werden dagegen diejenigen Kräfte herangezogen sein, die keiner ständigen Beschäftigung nachgehen, aber nach Gesundheitszustand und persönlichen Verhältnissen als geeignet für landwirtschaftliche Arbeit anzusehen sind. Hier sind insbesondere zu nennen qualifizierte weibliche Jugendliche, auf deren Mitarbeit der elterliche Haushalt nicht unbedingt angewiesen ist und die für einen ständigen Einlass in bäuerlichen Betrieben oder Gutsbetrieben, gegebenenfalls nach Art der Tagesmädchen, in Betracht kommen. Wenn die Annahme landwirtschaftlicher Arbeit ohne berechtigten Grund verweigert wird, kann die Dienstverpflichtung erfolgen.